



Tieflohn-Kaktus für Ladenkette Casa

Casa, eine Ladenkette für Innendekoration, bezahlt ausgebildeten VerkäuferInnen Löhne unter 22 Franken pro Stunde. Dies belegen Lohnabrechnungen, welche den Gewerkschaften vorliegen. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben diesem Unternehmen heute den Tieflohn-Kaktus der Woche überreicht. Der Fall zeigt exemplarisch, wie sich die Eigentümer auf Kosten der Angestellten bereichern und VerkäuferInnen schamlos abzocken.

Das Unternehmen, mit 31 Filialen in der Schweiz, gehören den niederländisch-belgischen Milliardären Els und Albert Blokker. Diese haben ein Vermögen von zusammen rund 3 Milliarden US-Dollar (gemäss Forbes). Es ist daher offensichtlich, dass die Blokkers durchaus in der Lage wären, anständige Löhne zu entrichten. Doch mit Löhnen von teilweise weit unter 22 Franken pro Stunde werden bei Casa VerkäuferInnen zu Hungerlöhnen angestellt.

Aktion in Steffisburg

Aktivistinnen und Aktivisten der Unia Berner Oberland haben heute vor einer Filiale in Steffisburg auf die Tieflohne aufmerksam gemacht und übergaben den Tieflohn-Kaktus der Woche. Auf Schildern war zu lesen: „Steinreiche Eigentümer zocken Angestellte ab“. Bilder der Aktion finden sich hier.

Mindestlohn-Initiative wirkt bereits im Vorfeld

Weite Teile des Detailhandels weigerten sich bislang, Gesamtarbeitsverträge abzuschliessen und anständige Mindestlöhne festzulegen. Nun bewegt sich diese Tieflohnbranche: H&M, Bata und weitere Unternehmen haben in letzter Zeit angekündigt, die Löhne auf mindestens 22 Franken pro Stunde anzuheben. Die Mindestlohn-Initiative wirkt also bereits im Vorfeld der Abstimmung. Nun gilt es mit einem JA am 18. Mai dafür zu sorgen, dass in Zukunft auch die schwarzen Schafe der Arbeitgeber anständige Löhne bezahlen müssen.

Für Rückfragen:

Hilmi Gashi, Co-Sektionsleiter Unia Berner Oberland

Adrian Durtschi, Gewerkschaftssekretär Unia Berner Oberland

Thomas Zimmermann, Leiter Kommunikation SGB

Unia Kommunikation, 22.4.2014.

Unia Berner Oberland > Casa Schweiz AG. Tiefstlöhne. Unia. 22.4.2014